



Presseinformation

Nr. 344 / 2014

Kiel, Freitag, 22. August 2014

Wirtschaft / Industriepolitik

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Schleswig-Holstein braucht endlich ein industriepolitisches Konzept

Zum „Kieler Appell“ der IG Metall erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die FDP-Landtagsfraktion hatte dieses wichtige Thema bereits vor der Sommerpause mit ihrem Antrag ‚Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten‘ (Drs. 18/1964) auf die Tagesordnung des Landtages gebracht und begrüßt es, dass die IG Metall mit ihrem ‚Kieler Appell‘ nun ebenfalls einen Beitrag dazu leistet, dass eine breite industriepolitische Diskussion in Gang gebracht wird. Besonders freue ich mich darüber, dass nun auch Wirtschaftsminister Meyer erkannt hat, dass unser Bundesland eine industriepolitische Strategie benötigt. Bei der Landtagsdebatte im Juli klang das bei ihm noch anders. Offenbar brauchte er noch ein wenig Druck von der aus seiner Sicht richtigen Seite, um zu dieser Einsicht zu kommen. Wenn es der Sache dient, soll es uns aber letztlich egal sein, woher seine Einsicht rührt.

Der Abbau von Industriearbeitsplätzen in den vergangenen Jahrzehnten hat unser Bundesland, aber vor allem die Kieler Region, hart getroffen. Schleswig-Holsteins Wirtschaftsstruktur ist traditionell von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt und das ist mitnichten ein Problem, sondern durchaus eine Stärke unseres Bundeslandes. Damit das Land jedoch mittel- bis langfristig wieder den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung der westdeutschen Flächenländer finden kann, muss die Landesregierung erkennen, dass es im industriellen Bereich noch sehr viel Luft nach oben gibt. Wir wollen keine neuen Subventionen oder Eingriffe in den Markt, sondern die konsequente Verbesserung von Rahmenbedingungen und mehr Bemühungen bei der Ansiedlung von Unternehmen. Dafür braucht das Land endlich ein abgestimmtes und passgenaues industriepolitisches

Konzept. Nur so kann der Abbau von Industriearbeitsplätzen aufgehalten und der Trend umgekehrt werden.

Es macht keinen Sinn, diese Diskussion so zu führen, als wollte irgendjemand einzelne Wirtschaftszweige politisch gegeneinander ausspielen. Die Landesregierung und auch die Kommunen müssen jedoch dafür Sorge tragen, dass die Rahmenbedingungen am Standort Schleswig-Holstein für die Industrie fortlaufend genauso verbessert werden wie zum Beispiel für die sehr bedeutende Tourismuswirtschaft. Es geht um attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze, ein höheres Steueraufkommen und damit letztlich um bessere Zukunftschancen gerade für die junge Generation in unserem Bundesland. Wer keine aktive Industriepolitik mit einer konsequenten Ansiedlungsstrategie betreibt, darf sich nicht wundern, dass Jahr für Jahr viele gut ausgebildete junge Menschen ihr Glück woanders suchen und unser Bundesland in Richtung Süden verlassen. Diesem Aderlass im Bereich der Fachkräfte muss die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den entscheidenden Akteuren entgegentreten. Die Landesregierung wäre gut beraten, unsere Initiative aufzunehmen und gemeinsam mit den Kommunen, den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie den Hochschulen des Landes ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und umzusetzen. Wir werden das Thema im Wirtschaftsausschuss weiter vorantreiben.“